



Kampf der Überregulierung – macht die EU endlich Ernst?

Überregulierung und Wettbewerbsfähigkeit passen nicht zusammen.

Eine Binsenweisheit – das weiß auch die EU. Sie will Regulierung künftig kritischer prüfen. Werden wir Zeugen eines Paradigmenwechsels?

VON MARCUS MECKLENBURG | LEITER RECHT

Seit der Finanzkrise nimmt die EU-Regulierung stetig zu. Ohne Rücksicht auf Verluste werden tatsächliche und vermeintliche weiße Flecken auf der Regulierungskarte ausgemerzt, die Regelungen immer zahlreicher und granularer. Die europäische Wirtschaft – und mit ihr die Fondsbranche – steht in einem scharfen globalen Wettbewerb. Sinkende Margen machen das Geschäft immer schwieriger. Wenn die Marktteilnehmer dann auch noch in einem Moloch aus Überregulierung und Bürokratie versinken, können sie im Wettbewerb nicht mithalten.

Die unzureichende Berücksichtigung der Auswirkungen neuer Gesetze auf die Unternehmen verschärft die Lage. Natürlich unterlegt die EU-Kommission ihre Regulierungsvorschläge regelmäßig mit einer Folgenabschätzung. De-

ren Aussagekraft nimmt jedoch ständig ab – hier rächt sich die um sich greifende Technik, in Richtlinien und Verordnungen nur die Grundprinzipien der Regulierung festzulegen, die Details dagegen in sogenannten delegierten oder implementierenden Rechtsakten zu regeln. Zu Beginn des Gesetzgebungsverfahrens sind die Folgen daher häufig noch gar nicht absehbar. Sie treten erst in der Praxis zutage. Doch dann ist es zu spät. Ist ein Rechtsakt erst einmal in Kraft getreten, ist es schwierig bis nahezu unmöglich, Fehlentwicklungen rückgängig zu machen. Wir erleben also ständig experimentelle Regulierung auf dem Rücken der Wirtschaft, die sich Europa nicht mehr leisten kann.

Mit der neuen EU-Kommission, die im Dezember 2024 ihre Arbeit aufgenommen hat, keimt erstmals Hoffnung auf.

Ansätze zu echter Deregulierung gäbe es einige. So könnte die Kommission auf die EU-Kleinanlegerstrategie verzichten und FiDA stoppen, zwei Initiativen, die beide keinen Nutzen, aber ein Mehr an Bürokratie liefern. Die Berichtslasten, insbesondere im Bereich Nachhaltigkeit, können deutlich reduziert werden, indem die EU endlich das Mehrfachreporting ausmerzt. Und die geplante Spar- und Investmentunion benötigt für ihren Erfolg vieles, aber keine zentralisierte Aufsicht. Doch das Wort Deregulierung nimmt kein EU-Vertreter in den Mund. Offenbar will sich niemand vorwerfen lassen, wichtige Regulierungsziele zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit zu vernachlässigen. Das sind semantische Spitzfindigkeiten. Wo Überregulierung herrscht, geht an Deregulierung kein Weg vorbei. Man darf das Kind ruhig beim Namen nennen. ■